

HERBSTKONFERENZ

am 17. November 2016 in Berlin



Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Beschluss der Ministerinnen und Minister

TOP II.8: **Effektivität strafrechtlicher Ermittlungen in getarnten Computernetzwerken, sog. Darknet**

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit den Möglichkeiten und Risiken des internetbasierten Handels und Informationsaustauschs in getarnten, nur eingeschränkt zugänglichen Netzwerken, dem sogenannten Darknet, befasst. Sie sehen mit Sorge, dass derartige Netzwerke Personen, die auf herkömmlichem Wege Zugang zu Waffen, Betäubungsmitteln, Fälskaten oder kriminellen Dienstleistungen nicht ohne weiteres finden, es ermöglichen, niedragschwellig Zugang zu einer kriminell nutzbaren, logistischen Infrastruktur zu erhalten.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister halten es für erforderlich, das öffentliche Feilbieten von Gegenständen und Dienstleistungen zur Vorbereitung von Straftaten im Internet zu unterbinden. Sie bitten die Bundesregierung zu prüfen, inwieweit dies durch Anpassungen des materiellen Strafrechts, namentlich des Waffengesetzes, besser als bisher erreicht werden kann.

3. Darüber hinaus halten die Justizministerinnen und Justizminister es für erforderlich, die Ermittlungsbefugnisse der Strafverfolgungsbehörden besser auf die digitale Herausforderung einzustellen. Sie begrüßen,

- dass die Arbeitsgruppe „Cloud Evidence“ des Cybercrime-Convention-Komitees dazu am 16. September 2016 konkrete Vorschläge vorgelegt und
- dass der Rat der Europäischen Union in den Ratsschlussfolgerungen „Improving Justice in Cyberspace“ (Ratsdok. 10007/16) vom 9. Juni 2016 insoweit die Europäische Kommission mit einem Handlungsmandat ausgestattet hat.

Sie bitten die Bundesregierung, die weiteren Arbeiten sowohl auf Ebene des Europarates als auch auf Ebene der Europäischen Union voranzutreiben.